

Kies-Tagebau in Rückmarsdorf – Wende möglich

Von Jens Rometsch

Die Landesdirektion hält eine neue Grube für genehmigungsfähig – nur 75 Meter von Häusern entfernt. Die Empörung dort ist groß. Doch die Firma Papenburg will sich offenbar zu einem größeren Abstand verpflichten.



Auf einem Feld (im Bild links oben) gleich neben der Ortslage Rückmarsdorf will die Günter Papenburg AG einen weiteren Kiestagebau schaffen. Foto: André Kempner

Die Leipziger Stadtverwaltung bereitet eine neue Erklärung zum geplanten Kiesabbau in Rückmarsdorf vor. „Wir wollen für diese Stellungnahme der Stadt die Papenburg AG mit ins Boot holen“, sagte Matthias Kaufmann, der Leiter des Liegenschaftsamtes, jetzt auf eine Nachfrage im Grundstücksverkehrsausschuss. Die Kommune gehe davon aus, „dass sich Papenburg an seine Entscheidung hält“, so Kaufmann. „Wir überprüfen das aber gerade nochmal.“

In der Sitzung hatte sich Grünen-Stadtrat Bert Sander zum Sachstand bei der Stellungnahme erkundigt. Er verwies darauf, dass viele Bürgerinnen und Bürger wegen einer jüngsten Entscheidung der Landesdirektion Sachsen (LDS) empört und verunsichert seien.

Der Ratsbeschluss sichert einen Abstand von 300 Metern

Die Behörde informierte am 1. September zum Ergebnis eines sogenannten Raumordnungsverfahrens. Aus Sicht der LDS wäre der bis zu 46 Hektar große Kies-Neuaufschluss sogar dann genehmigungsfähig, wenn die Grube an einigen Stellen nur etwa 75 Meter Abstand zu den ersten Wohnhäusern hält. Jedoch müssten zuvor Auflagen wie der Bau von Lärmschutzwänden erfüllt werden.

Große Teile des von Papenburg ins Auge gefassten Feldes gehören jedoch der Stadt Leipzig. Im März 2021 beschloss der Stadtrat einen gemeinsamen Antrag von Grünen, Linken und SPD, laut dem die Stadt dort keine Flächen verkauft, die näher als 300 Meter an den Ortsrand heranreichen. Dies entsprach zugleich der Forderung einer Rückmarsdorfer Bürgerinitiative, die 300 Meter als Mindestabstand durchsetzen will.

Leider habe sich die LDS in ihrem Verfahren über die Einwände von Bürgern, Umweltverbänden und der Stadt hinweggesetzt, erläuterte Sander. Das ändere aber nichts daran, dass der Ratsbeschluss weiter gültig bleibt. „Ich wünsche mir dazu nur eine Klarstellung durch die Stadtverwaltung, um den betroffenen Einwohnern mehr Sicherheit zu geben.“

Auch der Ausschussvorsitzende Andreas Geisler (SPD) sowie Stadtrat Christoph Neumann (AfD) meinten, viele Bürger verstünden kaum noch, wer beim Thema Kiesabbau in Rückmarsdorf eigentlich was entscheide. Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb das Rathaus für eine simple Klarstellung dazu fast einen Monat brauche. Amtsleiter Kaufmann entgegnete, die Stellungnahme werde wahrscheinlich in wenigen Tagen veröffentlicht.

Hintergrund ist offenbar ein Brief, den Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) schon vor einiger Zeit von Papenburg erhalten haben soll. Im Rathaus heißt es, indem Schreiben habe sich das Unternehmen zur Einhaltung des 300-Meter-Abstandes verpflichtet. Auch gegenüber einzelnen Stadträten hätten Papenburg-Vertreter dies so beteuert. Unklar bleibt jedoch, warum das Unternehmen dann seinen Antrag bei der LDS nicht ebenfalls auf die 300 Meter korrigierte.

Außer den Grundstücken hält die Kommune noch einen weiteren Trumpf in ihren Händen. Um mit der neuen Grube wirklich beginnen zu können, müsste Papenburg erst eine sogenannte Standort-Vereinbarung mit der Stadt Leipzig schließen, erzählen Insider. Dabei gehe es um Zufahrtsstraßen und andere Dinge zum Betrieb eines Tagebaus. Auch diese Vereinbarung werde nur gültig, wenn der Stadtrat zustimmt.

Die Bürgerinitiative will notfalls klagen

Die Lage lässt sich also wie folgt beschreiben: Ob das Papenburg-Projekt fachlich und juristisch erlaubt wird, darüber entscheidet das Sächsische Oberbergamt in einem künftigen Verfahren mit erneuter Bürgerbeteiligung. Die Genehmigung der LDS war nur ein erster Schritt in diese Richtung. Auf welchen Teilstücken dann gegebenenfalls tatsächlich Kies und Sand geschürft werden, darauf hat die Stadt Leipzig aber trotzdem enormen Einfluss.

Unterdessen sammelt die Rückmarsdorfer Bürgerinitiative bereits Spenden, um gegen die Entscheidung der LDS vor Gericht zu ziehen. Ein Stadtratsbeschluss als einzige Sicherheit für den 300-Meter-Abstand reiche den Betroffenen nicht aus, sagte ihr Sprecher Detlev Ducksch gegenüber der LVZ. „Falls sich die politischen Mehrheiten in Leipzig irgendwann ändern, könnte der Stadtrat ja einfach einen neuen Beschluss fassen, der Papenburg Tür und Tor öffnet.“